

## Soli abschaffen – schrittweise und gerecht

## Entlastungs-Impuls dringend notwendig

Im Jahr 2019 läuft der Solidaripakt zwischen Bund und Ländern aus. Damit verbunden ist das politische Versprechen, dass auch der Solidaritätszuschlag aufgehoben wird. Dieses Versprechen bröckelt nun – denn sowohl in der Landes- als auch der Bundesregierung wird die dauerhafte Beibehaltung dieser Zusatzsteuer geplant. So haben NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihr Finanzminister Norbert Walter-Borjans im vergangenen Jahr mehrfach gefordert, den Soli über das Jahr 2019 hinaus zu verlängern und in den Einkommensteuertarif einzuweben.

Die Freien Demokraten lehnen eine Verlängerung des Solidaritätszuschlages entschieden ab – eine glasklare Haltung, die sonst keine politische Kraft vertritt. Gerade in Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen und steigenden steuerlichen Belastungen sei endlich ein steuerlicher Entlastungsimpuls notwendig, erklärte FDP-Fraktionsvorsitzender Christian Lindner vor der Presse. Dies wäre nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern für die Beschäftigten und Steuerzahler mehr als gerecht.

Im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) nun die Auswirkungen eines schrittweise auslaufenden Solidaritätszuschlages untersucht.



Foto: GG-Berlin / pixelio.de

## RWI: Auslaufen des Soli ab 2016 möglich

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analyse hat die FDP-Fraktion nun ein konkretes Modell für ein Ende des Soli in drei Schritten bis zum Jahr 2020 vorgelegt. Bereits zum 1. Januar 2016 sollen nach den Plänen der Freien Demokraten etwa 80 Prozent der Steuerzahler freigestellt werden.

„Von dieser schrittweisen Soli-Abschaffung profitieren zunächst vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. In einem zweiten Schritt ab 2017 würde der Steuersatz dann von 5,5 auf 2,5 Prozent reduziert“, erläuterte FDP-Chef Lindner. 2020 würde der Solidaritätszuschlag nach diesem Modell komplett wegfallen.

Insgesamt würden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch die Abschaffung des Soli im Jahr 2020 um etwa 16 Milliarden Euro pro Jahr entlastet – das rechnete Prof. Dr. Roland Döhrn vom RWI vor.

„Angesichts eines zu erwartenden Steuerplus von 40 Milliarden Euro beim Bund bleibt das eine haushaltspolitische Herausforderung, aber eine machbare“, sagte Lindner. Statt teurer Wahlgewinne für Rentner und neuer Verwaltungsapparate zur Kontrolle von Mindestlohn und Pkw-Maut sollte die Politik nach Ansicht der Freien Demokraten nun endlich Familien entlasten.

## Respekt vor der Arbeitsleistung der Bürger

Eine steuerliche Entlastung ist nach Auffassung der FDP auch als Signal des Respektes vor der individuellen Arbeitsleistung der Bürgerinnen und Bürger geboten. Deshalb arbeiten die Freien Demokraten für einen schlanken Staat, der die Geldbörsen seiner Bürger schont. Einen Staat, der handlungsfähig bleibt und ohne neue Schulden auskommt. Auch hier unterscheidet sich die FDP klar von den sozialdemokratisierten Parteien von den Linken bis hin zur CDU, denen die Ideen für neue zusätzliche Staatsausgaben und Wahlgewinne nicht ausgehen.

- [Pressegespräch mit Christian Lindner: Soli abschaffen](#)
- [Gutachten des RWI zum Auslaufen des Solidaritätszuschlages](#)
- [Zusammenfassung des RWI-Gutachtens](#)
- [Video: FDP-Konzept für schrittweise Abschaffung des Soli](#)

## Positionen zur Zukunft des Solidaritätszuschlages

„In Zeiten von Rekord-Steuereinnahmen und einer steigenden steuerlichen Belastung brauchen wir endlich einen steuerlichen Entlastungsimpuls.“

**FDP-Vorsitzender Christian Lindner** ■ [Pressegespräch, 5.2.2015](#)

„Wir sind uns einig, dass wir das Aufkommen des ‚Soli‘ auch künftig brauchen werden für dringende Zukunftsinvestitionen für Bildung und Infrastruktur.“

**Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)** ■ [RP Online, 11.12.2014](#)

„2019, wenn der Solidaripakt für den Aufbau Ost endet, sollten die Mittel aus dem Solidaritätszuschlag zweckgebunden und nach Priorität vergeben werden.“

**NRW-CDU-Vorsitzender Armin Laschet** ■ [Die Welt, 22.11.2014](#)

„Das Ende des Solidaritätszuschlages wäre ein wichtiges Signal an alle Bürger. Auch die Steuerzahler sollen von der guten Wirtschaftslage profitieren.“

**Reiner Holzengel, Präsident Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.**

■ [Pressemitteilung BdSt, 5.2.2015](#)

## Kalte Progression ist Lohnklau

Die Freien Demokraten setzen sich zudem für eine Entlastung bei der sogenannten Kalten Progression ein. Es dürfe nicht sein, dass der Fiskus stärker von einer Lohnerhöhung und der dadurch steigenden Steuerlast profitiert als der fleißige Arbeitnehmer. Die Gelegenheit für ein Ende dieses staatlichen Lohnklaus ist aus Sicht der Freien Demokraten günstig: Die niedrige Inflationsrate bietet die einmalige Gelegenheit, den Einkommensteuertarif zu ändern. Durch eine automatische Anpassung des Steuertarifs an die Auswirkungen der Inflation sollen derartige Steuererhöhungen zukünftig verhindert werden.